

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1050

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1050



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

Newsletter vom 16. 10. 2016

Inhalt

Wozu wissen? Lieber googeln!	1
Vielgestaltigkeit ist gefragt	3
„Revolution im Deutschunterricht“ durch Lehrplan 21? – Nein danke!	5
Eine Frage der Pädagogik	6
Für eine gute Schule	7
Leserbriefe zum Artikel «Für eine gute Schule» vom 5.10.16	8
Die Sprache der Wirtschaft	9
Medienmitteilung des Komitees für nur eine Fremdsprache an der Primarschule	10
Unnötige Panik	11
Eine falsche Einschätzung	12
Interessante Veranstaltung zum Lehrplan 21	12

Wozu wissen? Lieber googeln!

NZZ vom 5.10.16

Von Thomas Ribl

Ein Mausclick genügt, und die Welt ist auf unserem Bildschirm. Doch Fakten erklären nichts. Wir müssen sie zum Reden bringen. Dazu braucht es Wissen. Und das kann man nicht auf Festplatten speichern.

Wie viel Grad hat ein rechter Winkel? 30, 45, 60 oder 90? Lachen Sie nicht! Die richtige Antwort ist 100 Euro wert. Jedenfalls beim Fernsehquiz «Wer wird Millionär?». Und wenn Sie fünfzehn Fragen später wissen, wem die Welt den Satz «Ich denke, also bin ich» verdankt, gewinnen Sie vielleicht sogar eine Million. Zugegeben, ganz so einfach geht's dann doch nicht. Denn zwischenhinein gibt es richtig fiese Fragen: Heisst «Video» «Ich rieche», «Ich lache», «Ich weine» oder «Ich sehe»? Findet man einen Kalmus bei der IAA, im Schuhgeschäft, an einem See oder in der Nationalgalerie? Und ist Wolfgang Schreyer ein Schriftsteller, ein Sänger oder ein Physiker? Da braucht es schon ein bisschen mehr, um sich das wohlwollende Kopfnicken von Günther Jauch und ein paar Euro zu verdienen.

Nur, was braucht es denn eigentlich? Wissen? Aber was heisst das? Und ist es tatsächlich Wissen? Oder nur Versatzstücke von Wissen? Was man früher als Bildung bezeichnete, stellt das Konzept der Sendung jedenfalls schon damit infrage, dass es keinen Kanon gibt. Wichtig und unwichtig, bedeutend und unbedeutend gibt es nicht. Alles wird gleich

behandelt. Vom Göttervater Zeus geht es über Schalke 04 zum Mayonnaise-Rezept, von da über ein Goethe-Zitat zur Trennung von Angelina Jolie und zum Nahostkonflikt. Alles schön kompakt. Als Antwort reicht ein Wort. Ob ich wirklich nur dann bin, wenn ich denke, spielt genauso wenig eine Rolle wie die Frage, wie ein rechter Winkel definiert ist. Hauptsache, das Stichwort stimmt. Der Zuschauer staunt, was man alles wissen kann, und lehnt sich beruhigt zurück, weil man das alles gar nicht wissen muss. Um aufs Gaspedal zu drücken, brauche ich schliesslich keine Ahnung zu haben, was ein Turbolader ist, um den Kindern bei den Hausaufgaben zu helfen, nützt es wenig, wenn ich Schillers «Bürgschaft» auswendig kann, und die ganze Philosophiegeschichte von Platon bis Wittgenstein bringt mich beim Ausfüllen der Steuererklärung keinen Schritt weiter. Also, was soll's?

Was man wissen kann

Wissen, so legt das Fernsehquiz nahe, ist etwas für Zirkuskünstler, nicht für den Alltag. Ein Luxus, ein Spass, der sportliche Bedürfnisse befriedigt, im besten Fall ein bisschen Prestige bringt, praktisch aber kaum verwertbar ist. Genau das reden uns auch Bildungsfachleute und Politiker ein. Und zwar mit Erfolg. Was heute zähle, sei nicht Wissen, sondern Kompetenz, lautet ihr Mantra. Gefragt sei nicht Bildung, verlangt seien konkrete Fähigkeiten. Wissen, das klingt nach bildungsbürgerlichem Dünkel. Es verbreitet Modergeruch, steht im Ruf, tot, nutzlos und elitär zu sein. Ein Ballast, mit dem man sich verbaut, was in Wirtschaft und Gesellschaft Erfolg verheisst: Tatkraft, Risikobereitschaft, Entscheidungsfreudigkeit. Die Welt gehört nicht dem, der weiss, sondern dem, der kann. Was man lernt, muss direkt anwendbar sein. Und wenn man etwas wissen muss: Google macht's leicht. Ein paar Mausklicks genügen, und man hat das Wissen der ganzen Welt auf dem Bildschirm. Darum sollen Schüler und Studenten kein unnötiges Wissen anhäufen. Sondern lernen, wie man sich Wissen beschafft. Von dieser Haltung ist auch der Lehrplan 21 durchdrungen.

Ein erstaunliches Credo für eine Gesellschaft, die sich als Wissensgesellschaft bezeichnet und Bildung als wichtigsten Rohstoff preist. Die Wissensgesellschaft scheint nicht auf Menschen angewiesen zu sein, die etwas wissen. Und Wissen ist offenbar auf Festplatten und Servern besser aufgehoben als in den Köpfen. Die müssen frei sein für Wichtigeres. Für das lebenslange Lernen zum Beispiel. Dazu sind wir ja verpflichtet. Auch das bleut man uns unablässig ein. Doch was wir lebenslang lernen sollen, bleibt schleierhaft. Zwar ist da dann plötzlich von Wissen die Rede. Von Wissen allerdings, das nicht viel wert ist. Denn, auch das gehört ins Repertoire bildungspolitischer Sonntagsreden: Nichts veraltet heute so rasch wie Wissen. Es ist überholt, bevor es sich gesetzt hat. Was uns laufend in den Händen zerrinnt, ist allerdings meist angewandtes Wissen. Fertigkeiten, neudeutsch «Skills». Das Wissen, das dahintersteht und die Grundlagen dafür liefert, ist selbst heute meist viel beständiger. Doch das spielt keine Rolle, wenn es darum geht, zu rechtfertigen, dass man Wissen nicht haben, sondern nur verwalten muss. Und dass sich der Rest von selber ergibt.

Nur, ist das, was auf Festplatten und in Datenbanken gespeichert ist, wirklich Wissen? Die Frage stellt kaum jemand. Dabei ist sie zentral. Und die Antwort heisst: nein. Was in Computern verwahrt wird, ist nicht Wissen, sondern Information. Worte, Zahlen, Bilder. Eine unüberschaubare Flut von Daten. Damit daraus Wissen entsteht, müssen die Daten gesichtet, nach sinnvollen Kriterien geordnet, klug ausgewählt, gewichtet und interpretiert werden. So interpretiert werden, dass sie in einer sinnvollen Beziehung stehen zu den Problemen, die wir lösen wollen. Wissen ist mehr als eine Ansammlung von Daten. Und mehr als Information. Wissen heisst erkennen. Heisst, Informationen zu einer konsistenten Beschreibung der Realität verknüpfen. Dank Information finden wir uns in der Welt zurecht. Wissen hilft uns, die Welt zu verstehen.

Daten geben keine Antworten. Sie sprechen auch nicht für sich, sondern müssen zum Reden gebracht werden. Und zwar von uns. Wir können die Antworten auf unsere Fragen nicht pfannenfertig aus Datenbanken abgreifen. Wir müssen sie uns erarbeiten. Indem wir die richtigen Fragen stellen. Indem wir Informationen auswerten, sie mit anderen Informationen verknüpfen, mit dem eigenen Vorwissen abgleichen. Indem wir abwägen, kombinieren, Analogien bilden, Hypothesen wagen, Schlüsse ziehen. Auch wenn uns intelligente Prozessoren mehr und mehr dabei helfen: Entscheiden, verstehen, Sinn stiften, das kann und darf uns niemand abnehmen, wenn wir trotz immer intelligenteren Computern Herr im Haus bleiben wollen.

Genau dafür brauchen wir Wissen. Wissen, das Orientierung schafft, das uns hilft, Unwesentliches von Wesentlichem zu unterscheiden, und uns das vermittelt, was man etwas altertümlich als Weltverständnis bezeichnen könnte. Niemand kann überall Experte sein, wo er sich bewegt und Entscheide fällen muss. Doch das war vor hundert Jahren nicht anders. Und dass Wissen nie abgeschlossen sein kann, ist weiss Gott nicht erst seit gestern bekannt. Daraus den Schluss zu ziehen, dass man den Erwerb von Wissen auf ein erträgliches Minimum beschränken soll, blieb einer Gesellschaft vorbehalten, die vor lauter wirtschaftlichen, politischen und sozialen Sachzwängen den Kurs verloren hat.

Was man wissen muss

Natürlich sind Bildungsentwürfe nicht in Stein gemeisselt. Selbstverständlich verlangt die rasch fortschreitende Digitalisierung zum Teil nach anderen Fähigkeiten als eine Zeit, in der Schüler auf Schiefertafeln schrieben und Ingenieure mit Rechenschiebern hantierten. Nur, wo Wissen fast explosionsartig zunimmt – auch das gab es schon früher –, da braucht es Distanz. Wer verstehen will, muss einordnen. Das ist weder mit rein funktionalem Wissen noch mit plattem Lexikonwissen möglich. Und oft ist gerade das Wissen, das in einer auf unmittelbaren Nutzen ausgerichteten Sicht als unwesentlich gilt, entscheidend, wenn es darum geht, ein Problem aus ungewohnter Perspektive zu betrachten. Eine Zeile aus einem Celan-Gedicht kann dem Denken eine neue Richtung geben, auch wenn es um Mikroprozessoren geht. Und Thukydides' Analyse des Peloponnesischen Kriegs lehrt mehr über das Wesen politischer Macht als die «Tagesschau». Wer «Ich denke, also bin ich» sekundenschnell mit «Descartes» quittiert, punktet vielleicht beim Tischgespräch oder gewinnt ein Quiz. Wem der Satz die Grundlegung der menschlichen Erkenntnisfähigkeit bewusstmacht, wird seine Arbeit mit dem kritischen Abstand tun, der ihm erlaubt, in etwas, das alle sehen, das Verborgene zu erkennen, das auf neues Terrain führt. Er versteht ein bisschen mehr von der Welt. Und das heisst auch: Er denkt selbstbestimmter und entscheidet autonomer.

Vielgestaltigkeit ist gefragt

NZZ vom 19.8.16, Gastkommentar

von Rolf Dubs

Immer öfter orientieren einzelne Schulbehörden und Schulen die Eltern, dass sie die Schüler mit selbstgesteuertem Lernen zu einer grösseren Selbständigkeit führen und damit besser auf das lebenslange Lernen vorbereiten wollen. Gelingen kann dies ihrer Meinung nach nur, wenn die Lehrpersonen ihre Aufgabe neu verstehen: Aus «Belehrenden» sollen «Lernberater» oder «Lerncoaches» werden. Dies macht auch Veränderungen im Umfeld der Schule nötig. Die Schulhäuser sind mit mehr Gruppenräumen und Arbeitsecken auszugestalten, moderne Medien müssen bereitgestellt werden

und auf das selbständige Lernen ausgerichtete Lehrmittel entwickelt werden. All dies führt vielerorts zu Kontroversen bei Eltern wie auch Lehrpersonen. Was ist davon zu halten?

Es braucht guten Frontalunterricht

Ein guter Frontalunterricht beruht auf einem das Verstehen fördernden Dialog zwischen der Lehrperson und den Lernenden, in welchem nicht primär Fakten gelehrt werden, sondern dialogisch Lernprozesse (z. B. Sachverhalte analysieren, Probleme lösen, neue Ideen finden, Wertvorstellungen beurteilen) erarbeitet und anwendbar gemacht werden sowie Wissensstrukturen (Vernetzung von Wissens-elementen) aufgebaut werden. Ein so verstandener Frontalunterricht ist weiterhin bedeutsam, es darf darauf nicht dogmatisch verzichtet werden. Zwar genügt ein noch so guter Frontalunterricht für die Vorbereitung des selbständigen Lernens und als Grundlage für das lebenslange Lernen für sich allein nicht mehr, dass aber umgekehrt Formen des selbständigen Lernens für sich allein bessere Lernerfolge bringen als ein guter Frontalunterricht, ist eindeutig widerlegt. Selbständiges Lernen gelingt nur, wenn es zuvor systematisch angeleitet wird. Und dazu braucht es – vor allem angesichts der knappen Unterrichtszeiten – auch weiterhin einen guten Frontalunterricht, in welchem das fachbezogene Strukturwissen und die darauf ausgerichteten Strategien (Arbeitstechniken, Lern- und Denkstrategien, affektive und emotionale Strategien) im Dialog erarbeitet und in verschiedenen Situationen angewendet werden. Zu beachten ist dabei, dass es nur wenige fächerübergreifende Strategien gibt. Der Fachunterricht bleibt deshalb weiterhin eine unabdingbare Voraussetzung für ein später erfolgreiches selbständiges Lernen.

Die Kontroverse über «belehrenden Unterricht» contra «selbständiges Lernen» ist also sinnlos. Guter Unterricht beruht auf einer gezielten Kombination von beidem, indem jeweils die Grundlegung eines Lerngebietes (Wissensstrukturen und Strategien) im Interesse eines bleibenden Lernerfolges zunächst angeleitet im Frontalunterricht entwickelt werden sollte und erst im fortschreitenden Unterricht zum selbständigen Lernen übergegangen wird, also erst dann, wenn die Schülerinnen und Schüler über das Vorwissen und die nötigen Lernprozesse verfügen.

Wann in den einzelnen Lerngebieten vom Frontalunterricht zum selbständigen Lernen übergegangen werden soll, hängt vom Lernstand einer Klasse ab, der von der Lehrperson immer wieder zu beurteilen ist. Aus Untersuchungen sind für den Schulalltag zwei Entscheidungskriterien massgeblich: Verfügt erstens eine Klasse in einem bestimmten Lerngebiet über ein gutes strukturiertes Wissen und kann sie Strategien einsetzen, so soll der Wechsel vom Frontalunterricht zum selbständigen Lernen möglichst rasch erfolgen. Lernstarke Klassen profitieren nach einer kürzeren Phase des Frontalunterrichtes vom selbständigen Lernen mehr als lernschwache Klassen. Ob dies auch für den selbständigen computergestützten Unterricht zutrifft, ist immer noch nicht abschliessend geklärt. Zweitens spielt für den Entscheid des Überganges auch die soziale Herkunft der Schüler eine Rolle. Solche aus einem bildungsreichen Milieu finden sich im selbstgesteuerten Lernen rascher und besser zurecht als solche aus einem bildungsarmen Milieu.

Dogmatische Ansätze meiden

Das hier vertretene Konzept der Kombination von Belehrung und Lernberatung wird oft mit der Begründung verworfen, angesichts der abnehmenden Halbwertszeit des Wissens (in etwa vier Jahren ist die Hälfte des heutigen Wissens bedeutungslos geworden) und der elektronischen Informationssysteme werde dem Wissen in der Schule zu viel Bedeutung geschenkt. Entscheidend seien die grundlegenden Lernprozesse (Strategien). Deshalb sollen sich Lehrpläne und Unterricht auf allgemeingültige Strategien (oder bereichsübergreifende Kompetenzen) konzentrieren. Diese Auffassung ist aus zwei Gründen nicht richtig: Erstens gibt es bei der Entwicklung von Strategien kein Lernen ohne Wissen. Wer

nichts weiss, kann weder Probleme lösen noch intellektuell kreative Ideen entwickeln. Und zweitens dienen die Dialoge im Frontalunterricht nicht mehr einer «Stoffhuberei» (Vortragen vieler Fakten), sondern es wird gezielt Wissen erarbeitet, das v. a. benötigt wird, um die Strategien anwenden zu können.

Die teilweise einseitige Überbetonung des selbständigen Lernens im Vergleich zum Frontalunterricht ist ein Beispiel für die üblichen Pendelschläge in der Pädagogik. Statt Einseitigkeiten sollte die Vielgestaltigkeit die Schule und ihren Unterricht charakterisieren, dogmatische Ansätze müssen vermieden werden. Mit ihnen allein lässt sich die Schule nicht grundlegend verbessern.

Rolf Dubs war von 1969 bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2000 Professor für Wirtschaftspädagogik an der Universität St. Gallen.

„Revolution im Deutschunterricht“ durch Lehrplan 21? – Nein danke!

Unter dem Titel „Revolution im Deutschunterricht“ wurde das Lehrmittel „Die Sprachstarken“ in der Thurgauer Zeitung vom 11.10.16 über den Klee gelobt und als Umsetzung des Lehrplans 21 deklariert. Dieses Lehrmittel gilt in der Volksschule der meisten Deutschschweizer Kantone seit ein paar Jahren als obligatorisch, muss also von den Schulgemeinden für alle Klassen angeschafft werden. Viele erfahrene Kolleginnen und Kollegen arbeiten aber kaum oder nur ungern mit diesem Lehrmittel. Es zerkleinert die Lehrinhalte, schränkt die Methodenfreiheit ein, vernachlässigt das Üben und degradiert die Lehrperson dadurch zum Coach, dass sämtliche Arbeitsaufträge direkt im Schülerbuch vorgegeben sind.

Aufgrund meiner Erfahrung auf der Unterstufe beurteile ich das Lehrmittel in vielen Teilen als nicht altersgerecht. Grammatik und Rechtschreibung wird in Trainingseinheiten völlig losgelöst von Inhalten behandelt. Isolierte Übungen werden mit Regeln und Merksätzen verbunden, die den meisten Unterstufenkindern nicht im Gedächtnis bleiben. – Im Gegenteil: Weil sie das kindliche Gemüt nicht mit lebensnahen, bedeutungsvollen Inhalten ansprechen, verkommen die Übungen zu reinen Beschäftigungseinheiten.

In den Kapiteln Lesen, Sprechen und Schreiben wird vorgeschrieben, wie im Unterricht mit Sprache experimentiert werden soll. Gegen sprachliches Experimentieren und Erfahrungssammeln soll man sich nicht grundsätzlich aussprechen. Aber das Lehrmittel „Die Sprachstarken“ gibt viele Themen vor, die dem Zeitgeist folgen und die von den Lehrern und Eltern sehr unterschiedlich beurteilt werden. Das Unterstufenlehrmittel ist eine Mischung aus Phantasieereisen, abstrakten Sprachspielereien, Comics, Science Fiction, Abenteuergeschichten und moderner Kunst. Für jüngere Schüler, die erst in die reale Welt hineinwachsen, sind solch verwirrende Unterrichtsinhalte nicht günstig.

Ob Jugendserien wie „Tintenherz“ oder Modeströmungen wie „Tatoos“ in der Weise, wie in „Die Sprachstarken 7“ vorgegeben, für den Unterricht geeignet sind, müsste ebenfalls zur Diskussion gestellt werden. Oberstufenkollegen empfinden es als Gewalt verherrlichend und verrohend. Laut dem erwähnten Artikel sind die Kriterien, nach denen die Texte und Aufträge ausgewählt wurden, durch den Lehrplan 21 vorgegeben. Die von den Kollegen kritisierten Mängel am Lehrmittel „Die Sprachstarken“ sind deshalb auf das Konzept des Lehrplans 21 zurückzuführen. Die Umsetzung von Kompetenzmodellen, bei denen die Inhalte lediglich als Vehikel der angestrebten Kompetenzen dienen, führt dazu, dass die Inhalte zufällig und der Auswahl durch die Lehrmittelproduzenten überlassen sind.

Das ist das Kernproblem des Lehrplans 21. Die Inhalte, die in der Schule vermittelt werden, werden aus der Hand gegeben, wenn man sich lediglich auf die Kompetenzen einigt, die erreicht werden sollen.

Sprache lässt sich aber nicht auf Kompetenz reduzieren. Sprache ist immer Inhalt. Sprachlicher Ausdruck kann nicht durch Erforschen erworben werden, weil die Menge der sprachlichen Daten derart gross ist, dass immer eine Auswahl getroffen werden muss. Die Auswahl bedarf einer Grundlage, die auf der jeweiligen Kultur und dem Wunsch nach deren Weitergabe beruht. Es stellt sich deshalb die Frage, ob der Lehrplan 21 unserer Kultur gerecht wird. Hier stehen ungeklärte Standpunkte im Raum.

Die modische Denkart erachtet kulturelle Inhalte als nicht mehr zeitgemäss und behauptet, "Wissensvermittlung" sei dem Zerfall ausgesetzt.

Von einer Diskussion, die solche Fragen zulässt, ist weit und breit nichts zu spüren. Deshalb empört umso mehr, zu erfahren, wie Behörden und Schulleiter mit Steuergeldern derzeit Propaganda für den Lehrplan 21 betreiben. In Lehrerzimmern werden Flyer aufgelegt und diverse Veranstaltungen angekündigt. In vielen Schulen führen die Schulleiter den Lehrplan 21 bereits de facto ein: Er steht im Focus von Lehrerweiterbildungen und verordneter Teamarbeit. Im Gegensatz dazu werden die Komitees gegen den Lehrplan 21 zurückgebunden und erhalten wenig Gelegenheit, ihre Argumente darzulegen. Die Medien müssen hier korrigierend eingreifen, sonst ist die Meinungsbildung im Hinblick auf die kommende Abstimmung nicht gewährleistet.

13.10.2016, Elsbeth Schaffner, Primarlehrerin

Eine Frage der Pädagogik

NZZ vom 11.10.16, Leserbrief

Die Schule Zumikon gebe das altersdurchmischte Lernen (AdL) wieder auf, so heisst es im Artikel «Am Ende eine Frage der Mittel» (NZZ 4. 10. 16). Die Akzeptanz für das Schulmodell sei nicht gefunden worden. Neben den im Artikel erwähnten organisatorischen und logistischen Problemen gibt es ganz klare pädagogische Gründe, die dagegen sprechen. So haben wir Eltern aus Bubikon bereits im Sommer 2011 in einem Brief an die Schulpflege gegen das AdL Argumente aufgeführt. Das selbsttätige Lernen, wie es an AdL-Schulen praktiziert wird, führt zu mehr Unruhe im Schulzimmer. Der Lehrer wird zum Coach degradiert, hilft mal dem einen, mal dem andern Kind. Einführungen in neue Themen müssen sich die Kinder sehr oft selber erarbeiten. Auf ihnen lastet eine zu grosse Eigenverantwortung. Da das selbsttätige Lernen an erster Stelle steht, wird meist mit Wochenplänen gearbeitet. Viele Kinder geraten unter Druck. Die Eltern müssen beispringen und helfen. Sie übernehmen die Arbeit, die eigentlich die Schule leisten sollte.

Und was ist mit den Kindern, die niemanden haben, der ihnen zu Hause helfen kann? Wo bleibt die Chancengleichheit? Nein, es ist nicht eine Frage der Mittel, es ist eine Frage der Pädagogik. Kinder lernen besser, wenn sie geführt werden. Wenn die Lehrperson ihnen genau erklärt und mit allen lernt. Der Klassenunterricht hat dabei eine grosse Bedeutung.

Ursula Löffler, Bubikon

Für eine gute Schule

NZZ vom 5.10.16, Meinung & Debatte

Gastkommentar von von Jürg Frick

Die Schule steht stark im Fokus der öffentlichen Diskussion und in der Kritik. Zwar machen sehr viele Schulen, Lehrpersonen, Schulleitende und Eltern ihre Arbeit gut. Das ist erfreulich. Trotzdem stelle ich einige Veränderungen fest. So sind viele Lehrpersonen überlastet, und so manche leiden unter Burnout-Symptomen. Es ist erstaunlich, was Lehrer heute – neben dem eigentlichen Berufsauftrag, dem Unterrichten – nebenbei noch alles zu bewältigen haben: unzählige Qualitäts- und Projektgruppen, Schulevents, Sitzungen und Absprachen mit diversen Fachpersonen, Elterngespräche, administrative Aufgaben usw. Eine Kompensation dafür hat nicht stattgefunden, d. h., die Lehrpersonen leisten diese Arbeit immer noch zusätzlich, häufig nach dem anstrengenden Unterricht. Hilferufe der Lehrkräfte und der Berufsverbände verhallen bis jetzt ungehört.

Dazu kommen überhöhte Erwartungen: Die Ansprüche an Schule und Lehrer sind massiv gestiegen. Lehrer müssen jedes Kind individuell abholen und optimal fördern, sie müssen Methodenvielfalt praktizieren, die Kinder zu möglichst guten Noten bringen. Die Bildungsbehörden ziehen pausenlos neue Reformen und Projekte durch, die erarbeitet und umgesetzt werden müssen. Statt dass die Schule endlich einmal etwas zur Ruhe kommt und die Lehrpersonen sich mit den drängendsten inhaltlichen Themen beschäftigen (Klassenführung, Integration von Kindern, Zusammenarbeit mit Fachkräften in der Schule, Elternkontakte), stehen die nächsten Projekte an: der Lehrplan 21 und der neue Berufsauftrag.

Ein dritter Punkt sind die Eltern, die heute vielfach unter massivem wirtschaftlichem und psychischem Druck stehen, den sie an die Kinder und die Schule weitergeben. Lehrpersonen werden immer häufiger mit heftigen Angriffen und Respektlosigkeiten konfrontiert. Ein Elternpaar erwartet vom Lehrer für den Sohn in Mathematik eine Sechs, alles andere ist inakzeptabel – schliesslich sind sie ja gute Steuerzahler. Ein anderer wütender Vater droht, mit dem Anwalt wiederzukommen, und will dafür sorgen, dass die Lehrerin sofort aus dem Verkehr gezogen wird – von einer Frau lässt er sich sowieso nichts sagen. Ein weiteres Elternpaar droht mit den Medien. Wie sollen solche Kinder in Ruhe lernen können, wenn sie zu Hause hören, wie die Lehrpersonen vom Vater oder von der Mutter als unfähige Idioten bezeichnet werden? Andere Eltern wiederum sind zu wenig in der Lage, ihre Kinder angemessen zu betreuen, zu beaufsichtigen und zu unterstützen – sie delegieren die Erziehungs- und Bildungsarbeit an die Schule. Hier wären wirkungsvolle Unterstützungs- und Entlastungsmassnahmen für Eltern angezeigt.

Zu viele Schülerinnen und Schüler sind zudem nicht genügend auf die Anforderungen der Schule vorbereitet, und sie treten mit teilweise gänzlich falschen Vorstellungen, Überzeugungen und Ansprüchen in die Schule ein.

Viele Kinder weisen eine zu geringe Frustrationstoleranz auf, schmeissen die Sache hin, wenn es nicht auf Anhieb klappt, verweigern sich bei jeder Anforderung. Ihre Selbststeuerung, die Selbstkontrolle über ihre Gefühle und ihr Einfühlungsvermögen sind unterentwickelt. Viele dieser Kinder haben zu Hause gelernt, dass sich die Erwachsenen (zu häufig) an sie angepasst haben und sie selber kaum eine Anpassungsleistung vollbringen mussten: Es findet eine fehlgeleitete Ausrichtung der Eltern auf die Kinder statt. Hier wäre eine wichtige Vorbereitungsarbeit schon vor der Schule, ja vor dem Kindergarten mit den Eltern zu leisten.

Zu viele Aufgaben und zu wenig Unterstützung durch die Bildungsbehörde und von Schulleitungen verschlimmern die geschilderte Problematik zusätzlich. Viele unzufriedene

Eltern gelangen heute direkt an die Schulleitung oder die Schulpflege. Die Umgehung der Lehrperson allein wäre noch nicht so problematisch, wenn Schulleitungen die Aussagen der Eltern kritisch hinterfragen und von Lehrpersonen ihre Sicht der Dinge einholen würden. In vielen Fällen geben sie Eltern allerdings vorzeitig recht, knicken bei Forderungen, Vorwürfen und Drohungen rasch ein, übernehmen die Aussagen der Eltern. Lehrpersonen brauchen starke Schulleitungen und -behörden mit einem breiten Rücken und einem systemischen Blick. In vielen Fällen werden den Lehrpersonen auch die nötigen Ressourcen für die individuelle Förderung aus Spargründen verwehrt.

Die Sparmassnahmen werden zum Bumerang, die geschilderten Zustände werden sich verschlimmern. Statt zu sparen, wären deutlich mehr Investitionen in das Kerngeschäft der Schule zu tätigen: kleinere Klassen, mehr und rasche und unbürokratische Unterstützung bei «anspruchsvollen» Schülern und Eltern, eine bessere Einbindung und Unterstützung der Eltern bei ihrer Erziehungsaufgabe usw. Für eine gute Schule müssen alle Beteiligten ihren Beitrag leisten. Dazu gehören natürlich auch die Lehrpersonen, die ihre Unterrichts- und ihre Beziehungskompetenz weiterentwickeln müssen, oder die Pädagogische Hochschule als Ausbildungsstätte, die noch vertiefter die Erfordernisse der Schulpraxis berücksichtigen sollte – die beiden letztgenannten Akteure sind hier ausgeklammert, weil sie in den Medien und der Öffentlichkeit schon seit längerem regelmässig thematisiert und kritisiert werden.

Jürg Frick ist langjähriger Dozent und Berater an der Pädagogischen Hochschule Zürich.

Leserbriefe zum Artikel «Für eine gute Schule» vom 5.10.16

NZZ vom 14. 10. 16

Lehrerinnen und Lehrer an unserer Volksschule stehen unter Dauerbeschuss. Und sie geraten zunehmend unter Druck. Eltern, Bildungspolitiker und -behörden sowie das System der geleiteten Schule selbst – sie alle nehmen die Pädagogen an vorderster Front ins Visier. Mit unrealistischen Forderungen, permanenten Umwälzungsversuchen von bestehenden Strukturen und mit Lehrplänen, die in eine falsche Richtung zielen, verlangen sie von den Lehrkräften gleichsam übermenschliche Anstrengungen und Fähigkeiten.

Völlig zu Recht prangert Jürg Frick in seinem Gastkommentar (NZZ 5. 10. 16) an, dass von den Bildungsbehörden pausenlos neue Reformen und Projekte vom Stapel gelassen werden, und verweist dabei auch namentlich auf den Lehrplan 21. Mit dem Lehrplan 21 werden Klassenführung, Kohärenz und damit das Grundvertrauen der Lernenden zu ihren Lehrenden verloren gehen. Über die Einführung des Lehrplans 21 muss deshalb das Volk abstimmen können. Verantwortungsbewusste Stimmbürger mit gesundem Menschenverstand lassen keine Experimente auf dem Buckel der heranwachsenden Jugend zu.

Max Knöpfel, Pfäffikon ZH

Eine derart realistische Beschreibung der Zustände an den heutigen Schulen, wie wir sie im Artikel von Jürg Frick lesen, trifft man nicht alle Tage. Treffend wird darin aufgezählt, mit wie vielen möglichen und unmöglichen Aufgaben man die Lehrerschaft belastet und aus welchen Richtungen man sie drangsaliert. Es wundert einen nicht, wenn sowohl jüngere als auch bestandene Berufsleute unter diesen Umständen an ihre Grenzen gelangen. Meines Erachtens besteht in verschiedener Hinsicht dringender Handlungsbedarf. So sollten zum Beispiel die Klassenlehrpersonen von allem Zugemüse, das nicht mit dem eigentlichen Unterricht zu tun hat, befreit werden. Viele Arbeitsgruppen mit zeitraubenden Sitzungen in den Schulhäusern sind komplett unnötig, selbst wenn sie vorgeben, die Qualität zu sichern.

Auch der Lehrplan 21 liegt bei solchen Rahmenbedingungen quer in der Landschaft, weil er zusätzliche Lasten verschiedenster Art bringt. Herr Frick hat recht: Die Schule sollte endlich zur Ruhe kommen.

Oskar Meier, Bazenheid

Die Sprache der Wirtschaft

Basler Zeitung, 8.10.16

von Erik Ebnetter und Samuel Tanner

Die Schweizer Wirtschaftsverbände sind uneins in der Sprachenfrage: Während der Gewerbeverband für das Frühfranzösisch eintritt, spricht sich Economiesuisse gegen ein Machtwort des Bundes bei den Fremdsprachen aus.

Der Geist entwich in den Neunzigerjahren erstmals aus der Flasche. Überall war plötzlich von Globalisierung und New Economy die Rede, die Prokuristen nannten sich Assistant Vice Presidents – sie verbrachten ihre Tage nicht mehr in Sitzungen, sondern in Meetings. Englisch war die Sprache der Zukunft, Deutsch und Französisch schrumpften zu Sprachen der Herkunft.

Der Kanton Zürich beschloss damals, Englisch als erste Fremdsprache auf Primarschulstufe zu unterrichten. Französisch, so schien es vielen Westschweizern, galt in der Deutschschweiz nur mehr als *quantité négligeable*, als vernachlässigbare Grösse. Es entbrannte eine Debatte, die 2004 in einem Kompromiss der Erziehungsdirektorenkonferenz endete: Englisch durfte in der Primarschule unterrichtet werden, solange eine zweite Landessprache ebenfalls gelehrt würde. Das Land hatte seinen Sprachfrieden wieder.

Ohne Einigung

Zehn Jahre später, 2014, entwich der Geist ein zweites Mal, diesmal im Kanton Thurgau. Der Grosse Rat befürwortete die Motion «Französisch erst auf der Sekundarstufe». Wieder reagierten viele Westschweizer empfindlich, wieder wurde Sprachpolitik betrieben, in der Erziehungsdirektorenkonferenz, aber diesmal auch in Bern, im Innendepartement von Bundesrat Alain Berset.

Berset drohte den Beteiligten, sich bald zu einigen, sonst würde er selbst aktiv werden. Aber die Kantone konnten sich nicht einigen, zumindest nicht genug schnell, und so startete Berset im Juli eine Vernehmlassung, um den Geist des Unfriedens mit den Mitteln der Bundesbürokratie zu bannen.

Jetzt, da die Ergebnisse der Vernehmlassung vorliegen, zeigt sich: Die Wirtschaft, die Englisch zu ihrer Sprache gemacht hat, unterstützt die Pläne des Bundesrats – so berichtete es gestern zumindest der Tages-Anzeiger: «Die Wirtschaftsverbände betonen in der Vernehmlassung, wie wichtig Französischkenntnisse auf dem Arbeitsmarkt seien.»

Kronzeuge dieser Haltung ist Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands und Nationalrat der FDP. Er sagt: «Die Sprache hat in den KMU eine hohe Bedeutung. Viele Partnerbetriebe stehen in der Romandie.» Es ist die nüchterne Begründung einer überraschenden Botschaft.

Anruf beim Gewerbeverband: «Herr Bigler, Englisch ist die Sprache der Wirtschaft, und der Gewerbeverband vertritt die Interessen der Wirtschaft.» «Beides ist richtig», sagt Hans-Ulrich Bigler. Sein Engagement für das Frühfranzösisch stehe dazu nicht im

Widerspruch: «Englisch ist die globale Sprache der Wirtschaft, aber in der Schweiz haben wir auch einen französischsprachigen Wirtschaftsraum.» Er berichtet von Märkten, die sich nicht nach Sprachgrenzen richteten – und von einem Binnenmarkt, der Deutsch- und Westschweiz enger verzahne, als viele glaubten.

Über dem Artikel im Tages-Anzeiger stand der Titel: «Wirtschaft unterstützt Bersets Bundesdiktat im Sprachenstreit.» Es klang wie eine neue Maxime der vereinigten Ökonomie.

Fremdsprache, Standardsprache

Ein Anruf bei Rudolf Minsch reicht, und die Einigkeit löst sich auf. Minsch ist Chefökonom von Economiesuisse, dem «Dachverband der Schweizer Wirtschaft». Er sagt: «Wann die Kinder welche Sprache lernen, ist nicht wichtig. Wichtig ist, dass sie mit 16 Jahren in Englisch und Französisch ein anständiges Niveau haben.»

Rudolf Minsch ist nicht einverstanden mit Bundesrat Berset, der die Kantone im Zweifel auf eine zweite Landessprache in der Primarschule verpflichten will. Er sagt: «Die Sprachen sind Sache der Kantone. Die Frage des Frühfranzösisch ist schon genug aufgeladen mit politischer Symbolik – da bringt es nichts, wenn sie der Bundesrat auch noch zu einer nationalen Angelegenheit macht.»

Die Debatte um das Frühfranzösisch ist seit ihrem Anfang auch ein Streit über Kultur und Erziehung: Sollen die Kinder auf die Schweiz vorbereitet werden oder auf die Welt? Minsch will nicht sagen, dass Englisch die unbestrittene Sprache der Wirtschaft sei – es wäre in diesem Land eine ausgesprochen politische Antwort. Aber dann sagt er doch einen Satz, der das Verhältnis der Wirtschaft zu den beiden Sprachen ordnet: «Französisch ist wichtig. Und Englisch ist heutzutage wie Velofahren: Das muss man einfach können.»

Französisch ist aus Sicht der Deutschschweizer Wirtschaft eine Fremdsprache, Englisch eine Standardsprache.

Mehr Mathe

In der Bildungskommission von Economiesuisse diskutierten Minsch und seine Leute darüber, welche Sprache zuerst unterrichtet werden solle an Schweizer Primarschulen, Englisch oder eine zweite Landessprache. Die Kommission war gespalten in zwei Lager, sagt Rudolf Minsch – die Frontlinie aber sei nicht dem Röstigraben entlang verlaufen. Es ging um die persönliche Haltung. «Die Kommission ist wahrscheinlich ein ziemlich exaktes Abbild des Landes», sagt Minsch.

In einem Papier zu der Debatte, das sein Verband im vergangenen Jahr veröffentlichte, steht «zusammenfassend»: Die Ausbildung in Mathematik muss stärker priorisiert werden. Es ist eine Sprache ohne Grenzen.

Medienmitteilung des Komitees für nur eine Fremdsprache an der Primarschule

KBIK lehnt Fremdspracheninitiative ab Minderheitsstimmen lassen hoffen

Die Kommission für Bildung und Kultur des Kantonsrats (KBIK) lehnt die Volksinitiative „Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule“ mit 9:6 Stimmen ab. Für das Initiativkomitee kommt dieser heute kommunizierte Entscheid

nicht überraschend. Es ist jedoch erfreut über die bedeutende Minderheit, welche die Initiative unterstützt. Dies verdeutlicht den Handlungsbedarf und zeigt, dass das Anliegen in der Volksabstimmung eine Chance hat.

Die 6 Befürworterinnen und Befürworter der Fremdspracheninitiative haben die Probleme erkannt: Die heutige Regelung mit zwei Fremdsprachen in der Primarschule überfordert viele Schülerinnen und Schüler und führt zu unbefriedigenden Resultaten. Das Ziel bleibt, dass die Jugendlichen am Ende der Volksschule zwei Fremdsprachen beherrschen. Doch dazu gibt es einen effizienteren Weg als heute. Die Kommissionsminderheit vertritt dabei dieselbe Meinung wie das Initiativkomitee: Konzentration auf eine Fremdsprache in der Primarschule und Einführung der zweiten Fremdsprache in der Sekundarstufe.

Das Initiativkomitee ist erfreut, dass eine bedeutende Minderheit der Kommission der Argumentation der Initiative gefolgt ist. Dies verdeutlicht, dass hoher Handlungsbedarf besteht. Weiter zeigt das Stimmenverhältnis, dass die Initiative trotz der wahrscheinlichen Ablehnung im Kantonsrat grosse Sympathie genießt und in der Abstimmung eine Chance haben wird. Die Lehrpersonenverbände fühlen sich umso mehr ermutigt, sich voll für die Initiative einzusetzen.

Enttäuscht sind Initiativkomitee und die Verbände von der Mehrheit der KBIK, die sich für den Status quo ausgesprochen hat. Diese Volksvertreterinnen und -vertreter negieren die Probleme des aktuellen Fremdsprachenunterrichts und nehmen die Anliegen der Schule offenbar nicht ernst. Woher sie die Sicherheit nehmen, dass die meisten Kinder mit zwei Fremdsprachen nicht überfordert seien, entzieht sich dem Initiativkomitee. Der Schulalltag und die Rückmeldungen der rund 4000 ZLV-Mitglieder – also der Lehrpersonen vor Ort in den Schulen – zeigen ein anderes Bild.

Für Rückfragen:

Kurt Willi, Vizepräsident ZLV, 076 310 62 00; kurt.willi@zlv.ch

Harry Huwiler, Präsident ZKM, 076 338 31 31; harry.huwiler@zkm.ch

Daniel Kachel, Präsident SekZH, 076 382 47 55; dkachel@sekzh.ch

Hanspeter Amstutz, Schule mit Zukunft, 044 954 23 41; famamstutz@bluewin.ch

Unnötige Panik

Mehr Lektionen werden gefordert, um beim Sprachenlernen in der Primarschule vorwärtszukommen. Richtig. Doch die Gesamtzahl der Lektionen in der sechsten Klasse reicht nur für die Schwerpunktbildung in einer Fremdsprache. Sonst müssen wir Abstriche machen bei den Naturwissenschaften, der Informatik und andern wertvollen Fächern. Zur Zeit verspricht man der Bevölkerung, dass man alles haben kann, wenn nur die Methoden stimmen. Das ist eine glatte Überforderung der Lehrerschaft, die einfach nicht an zehn Fronten erfolgreich wirken kann. Wir brauchen weniger Hektik an unseren Schulen und mehr gründliche Pädagogik. Das bildet Menschen, die stark sind.

Wird die erste Fremdsprache in der Primarschule sorgfältig eingeführt, kann die zweite Fremdsprache auf der Oberstufe mit analytischen Methoden erfolgreicher vermittelt werden. Warum denn nur diese Panik, man könnte da zu spät kommen?

Hanspeter Amstutz, Fehraltorf

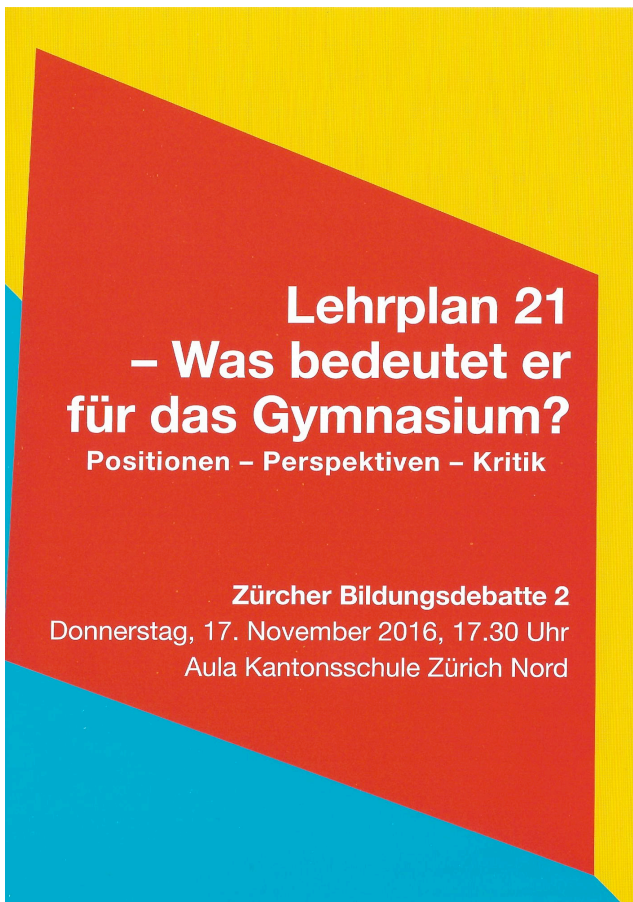
Eine falsche Einschätzung.

Leserforum Tages Anzeiger vom 12.10.16.

Lehrer plädieren also für Frühfranzösisch - ist das so? Dass für die Lehrer Eingriffe in die kantonale Bildungshoheit angezeigt seien, muss heftig infrage gestellt werden. Die vom Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) unterstützte Sprachenstreit-Kompromisslösung ist eine reine Scheinlösung: Anstelle einer Entlastung für die überforderten Schülerinnen und Schüler bringt sie nämlich noch mehr Unruhe in die kantonalen Schulsysteme. Und: Das konzeptlose Irren in der Sprachenfrage geht weiter. Pädagogische Argumente werden aktuell unter den Tisch gewischt. Diese dritte, vom LCH bevorzugte Variante des Bundesrates soll - gemäss Berichterstattungen - den Lehrpersonen bei der Umsetzung in der Praxis entgegenkommen. Die Kantone fänden bei der Umsetzung rasch überzeugende Lösungen. Da liegt wohl nicht nur der LCH mit seiner Einschätzung gewaltig daneben, wird doch die Fremdspracheninitiative im Kanton Zürich von einer grossen Mehrheit der Lehrerschaft befürwortet.

Dani Kachel, Illnau (Präsident der Sekundarlehrkräfte Kanton Zürich)

Interessante Veranstaltung zum Lehrplan 21



Lehrplan 21
– Was bedeutet er
für das Gymnasium?
Positionen – Perspektiven – Kritik

Zürcher Bildungsdebatte 2
Donnerstag, 17. November 2016, 17.30 Uhr
Aula Kantonsschule Zürich Nord



Öffentliche Veranstaltung, Eintritt frei
Kantonsschule Zürich Nord
Birchstrasse 107, 8050 Zürich
www.kzn.ch

Die Einführung des Lehrplans 21 läuft im Kanton Zürich derzeit auf Hochtouren. Die Volksschullehrer werden auf die Umstellung vorbereitet, die im Kanton verwendeten Lehrmittel einer Anpassung unterzogen. Deshalb muss sich auch das Gymnasium mit der Frage befassen, welche Änderungen sich bei der Übernahme und Ausbildung der neuen Schülergeneration ergeben werden. Für Verwirrung sorgt der Umstand, dass die Beurteilungen von der Versicherung, es werde sich nichts grundlegend ändern (RR Christian Amsler), bis zur Aussage, es handle sich um ein Jahrhundertwerk, das die Schule revolutionieren werde (RR a.D. Regina Aeppli), reichen und aus allen politischen Lagern Kritik laut wird. In zahlreichen Kantonen stehen Volksabstimmungen an. Der Zürcher Kantonsrat unterstützte kürzlich eine Einzelinitiative, die ein Moratorium fordert.

In unserer Diskussion auf dem Podium und mit dem Publikum möchten wir mit Vertretern des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes und der D-EDK, einem Lehrplanforscher sowie den beiden Herausgebern der Broschüre *Einspruch* prüfen und diskutieren, ob die Kritikpunkte berechtigt sind. Der Fokus liegt auf der Frage, worauf wir uns als Zürcher Mittelschulen konkret vorzubereiten haben.

Ablauf der Veranstaltung (17.30 bis ca. 20 Uhr)

Inputvorträge von Dr. Christoph Mylaeus-Renggli (Geschäftsleiter der D-EDK) und Dr. Beat Kissling (Gymnasiallehrer, Hochschuldozent, Psychologe, Erziehungswissenschaftler, Mitherausgeber *Einspruch*)

Podiumsdiskussion und offene Debatte mit den Referenten und weiteren Teilnehmern: Dr. Reto Givel (Leiter Abteilung Mittelschulen im MBA), Prof. Dr. Rudolf Künzli (Direktor a.D. FHNW, Lehrplanforscher, Titularprofessor an der UZH) und Alain Pichard (Sekundarlehrer, GLP-Stadtrat Biel, Initiator des Memorandums 550 gegen 550, Mitherausgeber *Einspruch*)

Moderation: Michael Pfister

Anschliessend sind Sie zu einem **Apéro** eingeladen.

16. 10. 2016

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster

info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch

Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598 5